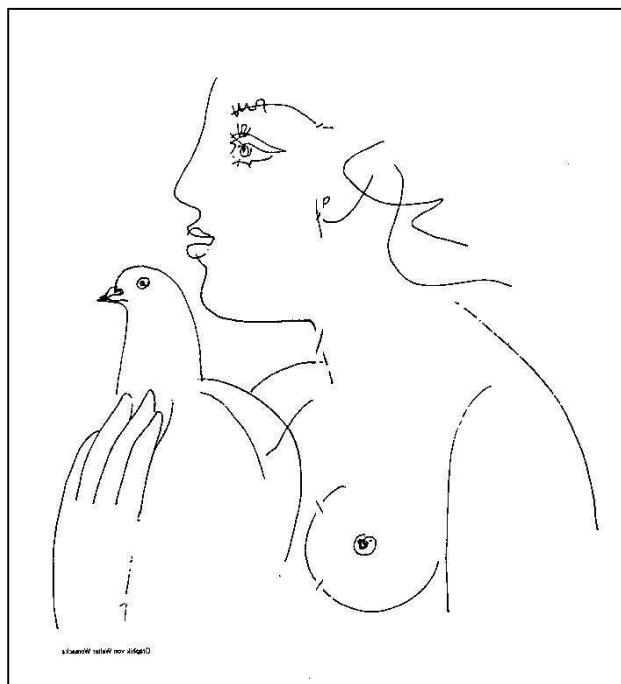


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 3



Abrüstung statt Sozialabbau!

Ausgewählt und zusammengestellt:

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 13. September 2003

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Die Bundesregierung spricht von „leeren Kassen“. Sparen. Sparen. Und nochmals Sparen. Das predigen der Kanzler, sein Sparkommissar Eichel und die anderen Mitglieder des Kabinetts. Von „Sachzwängen“ ist die Rede.

Originalton Schröder: „Es wird ... nötig sein, Ansprüche und Leistungen zu streichen, die schon heute ... unserem Land Zukunftschancen verbauen.“

Der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar.

In der Öffentlichkeit werden „Einsichten“ von „einfachen Menschen“ über die Medien verbreitet: Alle müssten „Abstriche“ vom bisherigen Lebensstandard akzeptieren. Jeder müsse „seinen Teil beitragen“ zum Sparprogramm der Regierung. Keiner könne sich den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ entziehen.

Flankiert werden solche „Einsichten“ von einem von Politikern und Medien geputschten Generationen-Konflikt. Ein Kampf zwischen Jung und Alt - das wäre nach dem Geschmack der Regisseure des „teile und herrsche“.

Im übrigen könne jeder feststellen und im Alltag in Städten und Regionen überprüfen, dass tatsächlich kein Geld da sei.

Wofür Geld da ist

Das Kabinett streicht Mittel in einzelnen ministeriellen Geschäftsbereichen.

Nach Durchforstung des Haushalts tritt Sparkommissar Eichel vor die Kameras: „Es gab keinen Bereich, der verschont bleiben konnte.“ Tatsache ist aber, dass der Bundeswehretat als einziger von allen Streichungen verschont bleibt.

Für die Bundeswehr und ihre „Reform“ gilt das Wort von den „leeren Kassen“ nicht. Der so genannte Verteidigungshaushalt ist bis 2006 mit 24,4 Milliarden Euro „abgesichert“.

Durch Exporte überschüssiger Waffen (die BRD ist ja schon einer der Spitzenreiter im Rüstungs-export) und durch Verkauf oder Vermietung von Liegenschaften kann der Jahres-Etat auf 25 Milliarden Euro aufgestockt werden.

Ab 2006 wird dieser Etat - trotz der „Sparzwänge“ - Jahr für Jahr um 800 Millionen Euro erhöht.

Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, geht noch einen Schritt weiter. Er fordert, den Bundeswehretat zwischen 2005 und 2010 um jährlich fünf Prozent auf dann 30 Milliarden Euro zu erhöhen.

Die „Sparzwänge“ gelten auch insofern nicht, als im Rahmen der Bundeswehr- „Reform“ bis 2014 für 213 neue Kriegswaffenprojekte etwa 145 Milliarden Euro verausgabt werden sollen! Der Etat weist für militärische Beschaffung bereits in diesem Jahr 4,4 Milliarden Euro auf und steigt auf 7,8 Milliarden Euro im Jahre 2010.

Auf der Beschaffungsliste stehen Eurofighter, Kampfhubschrauber, Transporthubschrauber, Airbusse, Luft-Boden-Raketen, Luft-Luft-Raketen, Panzerhaubitzen, Fregatten, U-Boote, Korvetten, Aufklärungssatelliten, Navigationssateliten u.a.

Das sind Großwaffen, die schon im Frieden zerstören. Nämlich die Wünsche der Menschen, die für diese Waffen verpulverten Mittel für sinnvolle und notwendige sozial- und bildungspolitische Zwecke zu verwenden.

Anstelle der einzelnen Waffenprogramme könnten zivile Alternativen realisiert werden.

Hier einige Beispiele für solche Alternativen:

<u>Waffenprogramme</u>	<u>zivile Alternative</u>
180 Eurofighter (Kostenaufwand: 18 Mrd. Euro)	- 200 Sozialwohnungen a 70 qm
80 Kampfhubschrauber (Kosten: 8,3 Mrd. Euro)	- 800 Kindergärten a 4 Gruppen
134 Transporthubschrauber (Kosten: 3 Mrd. Euro)	- 60 Berufsbildungszentren a 3.000 Schüler
73 Militär-Airbusse (Kosten: 6,1 Mrd. Euro)	- 1.650 Grundschulen a 8 Klassen
350 Luft-Boden-Raketen (Kosten: 2,2 Mrd. Euro)	- 430 Altenpflegeheime a 50 Plätze und 10 Tagesplätze
Luft-Luft-Raketen (Kosten: 2,0 Mrd. Euro)	- 400 Studentenwohnheime a 150 Betten.

Die Bundesregierung will sich zu solchen Alternativen nicht bekennen.

**Aber - wozu sollen die neuen Kriegswaffenprojekte dienen?
Warum unbedingt „Modernisierung mangelhafter Ausrüstung?“**

Bekanntlich sprach CDU-Kanzler Kohl von der „Rückkehr zur Normalität“. SPD-Kanzler Schröder konkretisiert einige Jahre später diese „Rückkehr“ als „Enttabuisierung des Militärischen“.

Sind die Verpflichtungen, die die Regierung der Bundesrepublik im 2+4-Vertrag 1990 übernommen hat, hinfällig?

Nämlich „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.

Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die

geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.“

Ist die „Charta von Paris für ein neues Europa“, die 1990 auch die Regierung der Bundesrepublik unterschrieb Makulatur?

In der Charta heißt es: „Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit.

Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlussakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.“

Wozu also „Modernisierung“ und „Reform“ der Bundeswehr?

Offensichtlich geht es darum, dass die Bundesrepublik, wenn es um die von der US-Administration verkündete „Neuordnung der Welt“ geht, mit Washington „in gleicher Augenhöhe“ sprechen will. Die Teilnahme der Bundesrepublik am US-geführten NATO-Krieg zur Zerschlagung Jugoslawiens und die Teilnahme an der US-Okkupation Afghanistans, der Einsatz von AWACS-Flugzeugen und Korvetten am Horn von Afrika waren und sind der Einstieg.

Sehen so die „Zukunftschancen“ Deutschlands aus?

Die Bundesregierung fährt in dieser Hinsicht einen Kurs, dem zufolge die „Modernisierung“ der Bundeswehr kein Selbstzweck ist, sondern Bestandteil der Außenpolitik. Vertreter der Bundesregierung betonen, „dass die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands an leistungsfähige Streitkräfte gebunden ist...“ Dazu gehöre „die multinationale Einbindung der Bundeswehr im Rahmen einer auf europäische Integration, transatlantische Partnerschaft und globale Verantwortung ausgerichteten Außenpolitik.“

Schon längst haben, wie der „Begleittext“ zu den 2003 neu gefassten Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) aussagt, die „militärischen Anforderungen an Ausrüstung und Ausstattung der Bundeswehr für gemeinsame Operationen mit unseren Verbündeten und Partnern weiter zugenommen.“

Inwiefern trägt die Bundesregierung den gewachsenen „militärischen Anforderungen“ Rechnung?

Erstens verdreifacht sie die Zahl der zunächst auf 50.000 Mann bemessenen Einsatzkräfte, der so genannten Krisenreaktionskräfte, auf 150.000 Mann.

Zweitens drängt sie darauf, im Prozess der weiteren Militarisierung der EU den Aufbau der weltweit einsetzbaren EU-Eingreiftruppe bis Ende 2003 abzuschließen. Von den 80.000 Mann dieser Truppe stellt die Bundesrepublik 18.000 Soldaten. Das ist das zahlenmäßig stärkste nationale Kontingent.

Außerdem hat sich die Bundesrepublik der Forderung von Pentagon-Chef Rumsfeld unterworfen, sich an einer Schnellen Eingreiftruppe der NATO (NATO Response Force) zu beteiligen.

Die Bundesregierung will dafür „weit über 5.000 Soldaten zur Verfügung stellen.

Und Verteidigungsminister Struck prahlt: „Wir sind ...weltweit hinter unseren amerikanischen Freunden der größte Truppensteller für internationale Einsätze.“ Und weiter: „Wir haben es möglich gemacht, dass heute rund 10.000 deutsche Soldaten und Soldatinnen in sechs internationalen Einsätzen die Stabilität in den Einsatzgebieten fördern...“

Insgesamt waren bisher 100.000 Bundeswehrangehörige im Auslandseinsatz. Gegenwärtig sind deutsche Truppeneinheiten in neun Ländern stationiert.

Zehn Jahre nach dem Kalten Krieg sind deutsche Soldaten wieder an heißen Kriegen, an Angriffskriegen beteiligt.

1,2 bis 1,4 Milliarden Euro werden dafür Jahr für Jahr verpulvert.

**Trotz „leerer Kassen“?!
Hat die Bundesregierung die Quadratur des Kreises gelöst?
Woher das Geld nehmen? Wer soll das bezahlen?**

Bundeskanzler Schröder hat die Antwort parat.
Stichwort: „Agenda 2010“.

In seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 führte er dazu aus:
„Um unserer deutschen Verantwortung in und für Europa gerecht werden zu können, müssen wir zum Wandel im Innern bereit sein.“
„Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Emanzipation im Äußeren und den Reformen zur Wiedererlangung der ökonomischen Kraft“, heißt es an anderer Stelle von Schröders Regierungserklärung.

Was bedeuten diese Begriffe?

„Deutsche Verantwortung“ - das bedeutet Handlungsfähigkeit in der internationalen Arena im Sinne der Großmachtambitionen, Erhöhung der weltpolitischen Rolle Deutschlands und „Wettbewerbsfähigkeit“ der „deutschen Wirtschaft“. „Wiedererlangung der ökonomischen Kraft“ - bedeutet das nicht Maximalprofit zu erstreben?

Mit anderen Worten: „Emanzipation“ und Expansion dieses größer gewordenen Deutschland sollen mit „Reformen“ im Innern „untersetzt“, soll mit einem brutalen Sozialabbau bezahlt werden. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, das Sprachrohr der Großbourgeoisie dieses Landes, bringt die Sache auf den Punkt: Die „Reform“ der Bundeswehr „sei als Aufgabe nicht viel kleiner als der anstehende Umbau der Sozialsysteme.“ Die gegenseitige Bedingtheit beider „Reform“ - Komplexe wird unterstrichen.

Die Bundesregierung geht, wie Schröder sagt, daran, „die größten Veränderungen in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik“ einzuleiten. Und für diese „größten Veränderungen“, für den „Umbau“ der Sozialsysteme hat Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, am 1. Mai 2002, rechtzeitig vor der Bundestagswahl, entsprechende Eckdaten, sozusagen als „Wählerauftrag“ für die künftige Regierung benannt.

Beispielsweise:

- * weitere Deregulierung der sozialen Sicherungssysteme
- * Reduzierung der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen
- * Reduzierung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe
- * Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus
- * Einschränkung des Kündigungsschutzes.

Die bei der Bundestagswahl 2002 im Amt bestätigte Schröder-Regierung machte diesen Forderungskatalog der Konzerne unverzüglich zu ihrer Geschäftsgrundlage.

Horror-Kataloge

Die Hartz- und dann die Rürup-Kommission wurden beauftragt, diesen Katalog abzarbeiten und in fassliche Vorstellungen für die Gesetzesarbeit vorzubereiten. Die Kommissionen formulierten in Verwirklichung dieses Auftrags Papiere, die die Aushöhlung und Beseitigung zivilisatorischer Errungenschaften und gesellschaftlicher Solidarität zum Ziel haben.

Vorgelegt wurden regelrechte Horror-Kataloge. Darin sind Maßnahmen umrissen, die inzwischen eingeleitet wurden bzw. geplant sind.

Hier Eckpunkte dieser Kataloge:

- * Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldes
- * Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
- * Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen

- * Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung
- * Aufweichung des Kündigungsschutzes
- * Streichung von Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen
- * Entrichtung von Zuzahlungen bei ambulanter ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung
- * Erhöhung der Gebühren für Krankenhausaufenthalt
- * Erhöhung der Zuzahlung bei Medikamenten
- * Erhöhung der Krankenkassenbeiträge
- * Wegfall des Mutterschaftsgeldes
- * Wegfall des Sterbegeldes
- * Senkung des Rentenniveaus
- * „Nullrunde bei der jährlichen Rentenerhöhung 2004

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt rechnet in ihrem Bereich auf Einsparungen von nahezu 10 Milliarden Euro schon im Jahre 2004. Bis 2007 soll die Summe auf mehr als 23 Milliarden Euro im Jahr steigen.

SPD-Generalsekretär Scholz kommentiert mit Genugtuung: „Uns ist etwas Großes gelungen.“

Experten haben festgestellt, dass Einsparungen z.B. wie folgt erreicht werden sollen:

- * durch Wegfall des Mutterschafts- und des Sterbegeldes
 - 1,7 Milliarden Euro

- * durch Streichung des Krankengeldes - 8 Milliarden Euro
- * durch Streichung des Steuerzuschusses bei Renten - 2 Milliarden Euro
- * durch Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe - 8,5 Milliarden Euro.

Infolge der „größten Veränderungen in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik“, wie Schröder sagt, oder des „massivsten sozialpolitischen Kahlschlags seit Bestehen der Bundesrepublik“, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband feststellt, sollen lohnabhängig Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner und Kranke bluten.

Die für 2004 vorgezogene Steuerreform bringt für sie keine Entlastung. Rentner und Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erhalten sowieso keinen Cent durch die Steuerreform. Gewisse Vorteile für Beschäftigte würden durch die Folgen der Sozial- und Gesundheits- „Reform“ aufgeschluckt.

Die Kaufkraft, schon empfindlich gemindert durch Preisanhebungen im Ergebnis der Umstellung von D-Mark auf Euro, wird weiter reduziert.

Außer den Belastungen, die die „Reformen“ für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bereit halten, dürfen nachstehende Preis- und Tarifierhöhungen nicht außer Betracht gelassen werden:

- * Die Öko-Steuern und die Fahrpreise für Nahverkehrsmittel wurden erhöht.
- * Mieten und Energiepreise werden „angehoben“.
- * Betriebskosten steigen - in Berlin zumindest - infolge der Erhöhung des Kubikmeterpreises für Wasser und der Kosten für Müllabfuhr.
- * Die Grundgebühr für Telefonanschlüsse verteuert sich.

* Kita - Gebühren steigen.

* Zuzahlungen für Lernmittel belasten Familienetats.

Die Abzockerei der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit ist vorprogrammiert.

Deshalb suggerieren Politiker und Massenmedien der Bevölkerung dieses Landes immer wieder, der Sozialstaat sei „nicht mehr finanzierbar“.

Dabei wächst der gesellschaftliche Ertrag, wächst die Produktivität, von Jahr zu Jahr. Wachsendes Sozialprodukt wird bei sinkender gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeit erreicht.

In den 1990er Jahren stieg das Bruttoinlandsprodukt nominell von 1,5 Billionen Euro auf nominell 2,1 Billionen Euro.

Das von der Gesellschaft erarbeitete Sozialprodukt reichte aus, den Alten soziale Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und zugleich eine drastische Reduzierung der Arbeitszeit und der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen.

Die Mär zu verbreiten, zwischen Oder und Rhein sei der Sozialstaat nicht mehr tragbar weil nicht mehr finanzierbar, ist reiner Hohn.

Denn Deutschland ist eines der reichsten Länder dieser Erde.

Das mögen auch folgende Fakten verdeutlichen:

Deutschland liegt in der Weltrangliste

* an 67. Stelle, was sein Territorium betrifft

* an 12. Stelle hinsichtlich seiner Bevölkerungszahl

* an 3. Stelle hinsichtlich seiner Wirtschaftsleistung

* an 2. Stelle hinsichtlich seines Exportvolumens

* an 1. Stelle hinsichtlich seines Exports pro Kopf.

Und bei all dem - „leere Kassen“ und „Sparzwänge“ wohin man schaut?

Vernünftige menschengerechte Alternativen

Bundeskanzler Schröder antwortete auf die Proteste aus den Reihen der vom eingeleiteten sozialen Kahlschlag Bedrohten und Betroffenen: „Es gibt keine Alternative.“

Sein Sparkommissar Eichel geht noch einen Schritt weiter: „Was wir wegnehmen ist nicht das Ende der Fahnenstange.“

Mit anderen Worten: Der mit der Kahlschlag-Agenda 2010 begonnene Marsch voran in die Vergangenheit des 19. Jahrhunderts, in die vorbismarcksche Zeit, soll erst der Auftakt sein!

Dem stellen sich Funktionäre und Organisationen der Gewerkschaften, Vertreter von sozialen Bewegungen und Parteien, alternative Wirtschaftswissenschaftler der „Memorandum-Gruppe“ entgegen. Sie knüpfen an Versprechungen Schröders im Wahlkampf 2002 an.

Vom Erhalt von Sozialgerechtigkeit und des Sozialstaates war seinerzeit gesprochen worden. Und von „unserer besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in dieser Gesellschaft“, wie Schröder damals kundtat.

So wird von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik unter anderem vorgeschlagen:

- * Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- * Erhebung einer Börsenumsatz-, einer Spekulations- und einer Wertschöpfungssteuer
- * Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung.

Bei Verwirklichung der letztgenannten Forderungen könnte der Fiskus jährlich bis zu 129 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuern einnehmen.

Leere Kassen?

„Sachzwänge“ für Einsparungen auf Kosten der sozial Schwachen?

Die Behauptungen der Bundesregierung würden sich in Rauch auflösen.

Die Agenda 2010 - sie würde gegenstandslos.

Deutschland, dieses reiche Land, könnte ein Wohlfahrtsstaat par excellence sein, der zugleich einen gewichtigen Beitrag zur Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, zur Erhaltung des Friedens leistet.

Deshalb ist der Appell von Friedensbewegung und Gewerkschaftern „Abrüstung statt Sozialabbau“ von größter Aktualität.

Friedensorganisationen und Friedensbewegte fordern

- * Jährlich spürbare Kürzung des Rüstungshaushalts
- * Abbau des Personalumfangs der Bundeswehr
- * Stopp der Rüstungsprojekte
- * Ablehnung von Bundeswehreinheiten im Ausland und Rückführung der Truppeneinheiten aus den neun Stationierungsländern in Europa, Asien und Afrika
- * Verbot jeglichen Rüstungsexports
- * Verwendung der für die Rüstung vorgesehenen Mittel zur Lösung dringender sozialer und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben.

Die Alternativen zur gegenwärtigen unsozialen und militaristischen Politik sind genannt.

Sie im Leben der Gesellschaft zu realisieren hieße

- * soziale Gerechtigkeit sichern
- * den inneren Frieden gewährleisten
- * Frieden nach außen schaffen helfen
- * Entwicklungschancen für die Menschen ermöglichen.

Die von der drohenden Demontage des Sozialstaates und der sozialen Sicherungssysteme Bedrohten und Betroffenen sind gefragt!

Solidarität ist gefragt!

Protest und Widerstand gegen neoliberale Politik und Praxis sind gefragt!

Für eine menschenwürdige Zukunft in sozialer Sicherheit!

Abrüstung - JA! Sozialabbau - NEIN!